

# Unsere Feldflaschen

Urs Paul Engeler

Von den Milliarden an Direktzahlungen profitieren nicht nur die Landwirte, sondern viele, sehr viele andere. Ein Besuch auf dem Hof eines Bauern, der den Unsinn des Schweizer Systems der Agrarstützung abschaffen will.

«Nur damit es ganz sicher und ganz klar ist. Mein Name erscheint nirgends im Artikel, auch nicht der Name meines Hofes!» Der Bauer, der mir erklären will, Direktzahlungen und Subventionen seien schädlich und müssten, ja könnten innert fünfzehn Jahren schrittweise abgebaut werden, «will sich nicht am nächsten Baum hängen sehen». Beispiele und Analysen liefere er gern, aber nur anonym. Er sei zwar nicht eben ängstlich, doch die Stimmung auf dem Land sei mehr als gereizt, Abweichler der offiziellen Landwirtschaftspolitik gälten als Verräter. Wer es gar wage, zu behaupten, den Bauern gehe es gut, habe Racheakte zu gewärtigen. Der 44-jährige Meisterlandwirt, nennen wir ihn Karl Häberli, aber sagt es: «Mir geht es gut. Und wenn ich die teuren modernen Gebäude und die neuen klimatisierten Traktoren in der Gegend anschau, dann muss es auch meinen Kollegen gut gehen.»

Wer mit offenen Augen über Land wandert oder fährt, sieht neue Ställe, Baugerüste, komfortable Maschinenhallen, herausgeputzte Bauernhäuser. Auf den Strassen und Nebenwegen muss er grossen Zugmaschinen mit beeindruckenden Anhängern ausweichen. Auf den Feldern kann er neuartige Spezialmaschinen im Einsatz bewundern. Wer ständig vom «Bauernsterben» liest und hört, staunt. Es herrscht Betriebsamkeit auf hohem Niveau. Verzerrt und verklärt die Wahrnehmung vor Ort die ökonomische Realität? Oder täuscht eher der mächtige Bauernverband den Bürger und Steuerzahler, indem er unablässig den Niedergang der Schweizer Landwirtschaft beklagt, das traurige Schicksal der vielen Bauernfamilien beweinen lässt und immer neue Begehren nach Bern sendet?

Karl Häberli ist, was Grösse und Struktur seines Betriebs betrifft, ein Schweizer Durchschnittsbauer: rund 23 Hektar Landwirtschaftsland, 8 Hektar Wald, zwei Wohnhäuser (davon ein Stöckli), Stall, Remisen. Vor fünfzehn Jahren hat er den Hof samt Inventar von seinen Eltern für 800000 Franken übernommen und sich dafür mit 600 000 Franken verschuldet; seither hat er zur Modernisierung weitere 800000 Franken aufgewendet. «Zusammen mit meiner Frau, einer ausgebildeten Bäuerin, konnte ich Jahr für Jahr einige zehntausend Franken Schulden tilgen und trotzdem unsere Infrastruktur unterhalten und laufend erneuern. Heute sind wir schuldenfrei.» Die Investitionen von 1,4 Millionen sind bezahlt bis auf den letzten Rappen.

Der Blick vom geräumigen Anbau seines Bauernhofs im Züribiet reicht weit in die Hügellandschaft des angrenzenden Kantons. Most, Wasser und Beeren stehen auf dem Tisch. Ob er vielleicht erzählen solle, warum er diesen Wintergarten erstellt habe, der das stattliche Heim verschönert und nicht unbeträchtlich aufwertet? – Subventionen! Natürlich nicht für das privat genutzte Seitenhaus, sondern für den Stall. Im Detail erläutert der Vater von drei Kindern dem staunenden Besucher aus Bern den speziellen agrarpolitischen Geldkreislauf:

## Partitur für Klagelieder

Als er für seine fast vierzig Kühe einen neuen Stall errichten musste, stellte auch er das übliche Gesuch um eine staatliche Beihilfe. Das Begehren wurde abgelehnt, Begründung: zu viel Eigenkapital. Was tut der tüchtige Schweizer Bauer, wenn er zu reich ist? Er baut Vermögen ab, kauft sich eine teure neue Maschine, oder er

errichtet – wie im Fall Häberli – einen schönen Annexbau. Dank dieser Dépendance mit Aussicht sank das anrechenbare Vermögen, wie geplant, unter den gesetzlichen Grenzwert. Also flossen nach dem zweiten Gesuch die 121000 Franken Subventionen; auch ein zinsloser Investitionskredit («IK» genannt) von 190000 Franken wurde gesprochen: «Wir sitzen hier somit in einem ganz vom Steuerzahler finanzierten Seitenhaus.» Auch Häberli profitiert oder «optimiert», wie die Agrarier zu der Abschöpfung von Renten sagen. Allerdings mit einem etwas schlechten Gewissen und nicht ohne über den gigantischen Unsinn nachzudenken, den das heutige System von Subventionen, Gratiskrediten, Direktzahlungen und Zulagen aller Art anrichtet.

Die Basis für diese kunterbunten Unterstützungen des Staates, die zusammen mit den Leistungen der Kantone einen Gesamtwert von mehr als vier Milliarden Franken pro Jahr erreichen, liefert die Agroscope FAT Tänikon, die früher und zu Deutsch Forschungsanstalt für Agrarwirtschaft und Landtechnik hiess. Die FAT errechnet im Hinterthurgau Jahr für Jahr das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen – nach einer haarsträubenden Methode, die nicht annähernd die Wirklichkeit abbildet, sondern lediglich den Bauernpolitikern die perfekte Partitur für deren repetitive Jeremiaden liefert. Der FAT-Wert hat einen politischen und keinen anderen Sinn.

Denn so wird landwirtschaftspolitisch kalkuliert: Von seinen Einnahmen bezahlt der Bauer zuerst die laufenden Rechnungen für den Betrieb sowie – bereits dies ein schönes Privileg – für den privaten Haushalt (Schuldzinsen für die Wohnung, Unterhalt der Wohnung, Meisterspesen, Berufskleider, einen Teil der Autokilometer, Telefonrechnungen, Versicherungen etc.). Vom verbleibenden Jahreserlös werden die Abschreibungen der in den Vorjahren getätigten Investitionen abgezogen. Die Abschreibungen sind folglich der Puffer, mit dem das landwirtschaftliche Einkommen ohne grosse Raffinesse und ohne illegale Tricks massiv (und bei Bedarf bis ins Minus) beeinflusst werden kann.

Die einfache Cashflow-Rechnung macht die Überlegungen der Bauern sichtbar: Aufgrund der hohen Produktpreise und der stolzen Direktzahlungen bleibt ihnen in der Regel ein hoher Geldbetrag (Cashflow). Wenn der Betriebsleiter gegen Ende Jahr feststellt, wie stark sich die flüssigen Mittel des Betriebs wieder erhöht haben, hat er die Wahl zwischen zwei Varianten, was mit dem Geld am besten zu tun ist: Schulden tilgen oder investieren. Nicht nur die Statistiker und Agronomen, auch der Wanderer kann die erstaunlich hohe Bereitschaft zu investieren feststellen. Es ist nicht zufällig, dass die grossen Maschinenausstellungen zwischen Dezember und Februar stattfinden. Denn dann treffen die Direktzahlungen auf dem Hof ein.

### **Und jetzt im Gegenuhrzeigersinn**

Immerhin erzielt das beste Viertel der Betriebe im Talgebiet selbst mit dieser Polit-Arithmetik ein Nettoeinkommen von stolzen 87000 Franken, und zwar pro Arbeitskraft. Der Mittelwert, den der Bauernverband beim Vortrag der Forderungen einsetzt, beträgt immerhin 44000 Franken. Eine fiktive, ja willkürliche Grösse. «Würden der Milchpreis und der Weizenpreis verdoppelt», kommentiert Häberli das System, «so hätte dies kaum Einfluss auf das offizielle bäuerliche Einkommen. Diese Mehrerträge würden einfach in die Preise für Milchkontingente [das staatlich verliehene Recht, eine bestimmte Menge Milch auf den Markt zu bringen], Land, Traktoren oder noch bessere Melkroboter fliessen.» Zum gleichen, politisch aber wichtigeren Fazit gelangt, wer die gleiche Rechnung im Gegenuhrzeigersinn durchspielt: Sänken die Produktpreise und würden die Beiträge und Zuwendungen aus den öffentlichen Kassen gekürzt, hätte dies ebenfalls kaum Einfluss auf das

offizielle bäuerliche Einkommen: Es würde einfach vernünftiger, viel wirtschaftlicher investiert, und unrentable Betriebe müssten schliessen.

### **Kulturland garantiert Rente**

Aus fiskalischen wie aus politischen Gründen wird der Jahresverdienst mit Bedacht konstant auf einem so tiefen Niveau gehalten. So kann bei wachsendem Wohlstand Mitleid maximiert werden. Oder andersherum: Je mehr ein Bauer in neue Maschinen und modernere Anlagen investiert, je leichter er sich also sein Berufsleben macht, je mehr Gebäude er errichtet und je mehr Kontingente er zukaft, umso «ärmer» erscheint er, agrarpolitisch offenbar durchaus erwünscht, in der offiziellen Statistik. «Eine direkte Folge dieser Kalkulationsmethode ist die extreme Übermechanisierung der Schweizer Landwirtschaft», kritisiert ein Landwirtschaftslehrer und Berater, der ebenfalls ganz anonym bleiben will und darum im Folgenden Rudolf Huber heisst: «Sonst wäre meine berufliche Karriere ruiniert. Wäre ich in einem anderen Wirtschaftssektor tätig, so wäre ich sicher einer der grössten Kritiker dieses maroden, Steuergeld fressenden Systems namens Schweizer Agrarpolitik.»

Die helvetischen Bauern setzen pro Hektar Land (100 mal 100 Meter) im Schnitt etwa 11 PS ein; ein französischer Paysan braucht zur Bewirtschaftung des gleich grossen Areals fast zwanzig Mal weniger: nur rund 0,6 PS. Auch Häberli ist massiv übermechanisiert. Mit seinem Maschinenpark könnte er ohne Mühe einen doppelt oder gar dreifach so grossen Betrieb besorgen. Kürzlich hat auch er sich einen imposanten neuen Traktor mit gefedertem, ergonomisch empfohlenem Komfortsitz und Klimaanlage angeschafft, eine prächtige Kombination von gehobenem Mittelklassewagen und Schaufellader, der gar nicht richtig ausgelastet werden kann. Kostenpunkt: 114000 Franken. «Was soll ich sonst tun mit dem Geld? Land gibt es hier nicht zu kaufen. Und wenn ich zu viel Vermögen ausweise, werden die Subventionen gestrichen.» Dieser Irrsinn wiederholt sich mit jeder einzelnen Furche, die die rund 60000 Schweizer Bauern in den Boden ziehen.

Häberli erzählt Beispiel eins aus seiner näheren Umgebung: Vor einem Jahr hat ein Kleinbauer im Nachbardorf die Viehhaltung aufgegeben; seither arbeitet er halbtags in einer Gärtnerei. Das Ackerland bewirtschaftet er noch selbst, das Grünland hat er einem Betrieb mit Milchwirtschaft verpachtet – unter der Bedingung, dass der Kuhhalter ihm neben dem ordentlichen Pachtzins auch die Direktzahlungen (1200 Franken pro Hektar und Jahr) überlässt, die an diese Fläche gebunden sind. Diese Praxis, die aus Bern eintreffenden Gelder umzuleiten, sei zwar illegal, aber nicht kontrollierbar und darum absolut gängig, erzählt Häberli. Sie hat zur Konsequenz, dass die Direktzahlungen des Bundes meist gar nicht dem real wirtschaftenden Bauern zugute kommen, sondern irgendeinem Dritten, in diesem Falle dem Landbesitzer. Die flächenabhängigen staatlichen Zuschüsse treiben so nur die Bodenpreise und die Pachtzinsen in die Höhe.

Glücklich und sorgenfrei in der Schweiz, wer Kulturland hat. Er bezieht eine garantierte Rente aus Bern. Und ohne Not verkauft er die regelmässig sprudelnde Geldquelle nicht.

### **Nobel, nobel**

Beispiel zwei ist ebenfalls eine reale Episode aus der näheren Umgebung: Seit vielen Jahren sät, mäht und erntet ein Bauer auf einem Stück Land, das er von einer Erbgemeinschaft in Pacht hält. Als eine Miterbin einen Nebenerwerbsbauern heiratete, der in fünfzehn Kilometer Entfernung einen kleinen Hof hat, wurde das Land mit Direktzahlungsgarantie auch für die Mitbesitzerin finanziell wieder attraktiv –

auch wenn die grosse Distanz eine sinnvolle Nutzung fast ausschloss. Die beiden Landwirte verteilten die staatliche Beute wie folgt: Der Bauer vor Ort darf das Land zinslos weiter bewirtschaften; doch die Direktzahlungen aus der Staatskasse muss er neu an die Besitzer weiterleiten. Abermals profitiert der Grundeigentümer, er kassiert vom Bund ein Jahresgeld, ohne eine Leistung zu erbringen.

Beispiel drei: In der weiteren Umgebung haben vor ein paar Jahren Investoren einen Golfplatz angelegt. Im Auftrag des Betreibers der Sportanlage pflegt ein Bauer das umliegende Land, damit die gepflegten Greens nicht von aussen überwachsen werden und verganden. Der clevere Chef des Golfplatzes realisiert, dass der Bauer die Flächen auch unentgeltlich nach seinen Wünschen schneidet. Die Direktzahlungen decken die Kosten für das Sichern. Die Stützgelder aus Bern subventionieren faktisch den Nobelklub: Er muss dem Landschaftsgärtner keinen Lohn zahlen.

Vorgang vier ist überall in der Schweiz anzutreffen: Ein Biobauer, der ein Hektar Ackerland mit Raps bepflanzt, erhält vom Staat pro Jahr neben den 1200 Franken allgemeinen Flächenbeitrags und den 400 Franken für die offene Ackerfläche und den 400 Franken für extensive Bewirtschaftung und den 1500 Franken Anbauprämien noch 800 Franken an Bio-Beiträgen. Zu diesen 4300 fixen Franken kommt der Erlös für das Produkt, der in guten Jahren nochmals gegen 2000 Franken beträgt. Diese 6000 Franken, schätzt Landwirtschaftsexperte Huber, sind der Lohn für «zwanzig bis dreissig Arbeitsstunden pro Jahr». Darum werde geeignetes Land im Kanton Zürich derzeit mit horrenden Beträgen zwischen 70000 und 100000 Franken pro Hektar (das sind 50000 bis 80000 Franken für die Fläche eines Fussballfelds) gejagt: In wenigen Jahren ist dank Beihilfen aus der Staatskasse der scheinbar überteure Kauf amortisiert.

### **Lügen wie im Mittelalter**

Die Direktzahlungen, in den neunziger Jahren als Ersatz für die Preisstützungen und als Wunderwaffe zur ökonomisch korrekten Unterstützung der Bauernsamen propagiert und ausgebaut, fliessen in teure Maschinen, Fahrzeuge, Computer, Roboter, treiben und halten die Landpreise hoch und zementieren die kleinräumigen Strukturen: Dass die Zahlungen mit zunehmender Fläche abnehmen, mag als politisch «gerecht» erscheinen, führt aber ökonomisch dazu, dass die Scholle eines kleinen Betriebs mehr Staatsgeld einbringt als jene eines grossen. Kaum einer, der ein Stückchen mit Direktzahlungen vergoldeten Bodens besitzt, gibt sein Kleinod her, ein Guthaben, geschenkt vom Bund, das ihm ohne viel Schweiss sehr gutes Geld einbringt. Es hat den Wert und den Nutzen einer mittelalterlichen fetten Pfründe: Ertrag ohne Leistung.

Trotz der nachweislich negativen Effekte wollen Bundesrat und Agrarbürokraten mit ihrem neusten Vierjahresplan «Agrarpolitik 2011», kurz «AP 2011», diese Zahlungen weiter ausbauen. Im Budget für das laufende Jahr sind dafür 2472 Millionen Franken eingesetzt; gegen Ende der Planungsperiode im Jahr 2011 sollen es bereits 2890 Millionen sein. Die Umlagerung (und nicht etwa Streichung!) der Mittel, die heute zur Preisstützung eingesetzt werden, in eine ausgebaute Apparatur von Direktzahlungen ist laut bundesrätlicher Botschaft «das Kernelement der «AP 2011»».

Die Legitimation, den Irrsinn zu perfektionieren, liefert wiederum die famose FAT in Tänikon. In der «Wirkungsanalyse» genannten Rechtfertigung zuhanden der Kollegen in Bern und des Parlaments attestieren die Forschungsbeamten dem System der allgemeinen Direktzahlungen eine «hohe Effektivität». Mit einem Franken Direktzahlung werde bei den Bewirtschaftern ein Franken Ertrag generiert. Eine

glatte Lüge, wie die Erkundigungen vor Ort beweisen und wie unabhängige Fachleute jederzeit bestätigen.

### **Ein Problem: zu viel Geld**

In einer längeren Abhandlung in der NZZ am Sonntag hat der an der Universität Zürich lehrende Umwelt- und Ressourcenökonom Felix Schläpfer nachgewiesen, dass der «grösste Teil der Direktzahlungen» im Talgebiet nicht nur die ökologischen Ziele und die Verfassungsaufträge «Offenhaltung der Landschaft» und «Erhaltung des Produktionspotenzials» verfehlt, sondern nur negative Effekte produziert. Jede Entwicklung in Richtung Wettbewerbsfähigkeit und Professionalität werde gehemmt: «Betriebe, die wachsen wollen, haben das Nachsehen.» Die Direktzahlungen in der heutigen Form verhöhnern nicht nur den Steuerzahler, der glaubt, bedauernswerte Bauern zu unterstützen. Sie belohnen die Unbeweglichen. Darum fordert Ökonom Schläpfer, das schädliche Instrument möglichst rasch aus dem Arsenal der Bauernhilfe zu streichen.

Auch Bauer Häberli will sie abschaffen, allerdings Schritt für Schritt mit einem Horizont von fünfzehn Jahren: «In dieser Periode könnten die Zahlungen jährlich reduziert werden. Absolut notwendig ist eine klare, realistische und verbindliche Planung, die keine falschen Hoffnungen weckt.» Der Bauer im Züribiet geht gar noch zwei, drei Schritte weiter. Auch die Subventionen, die Sozialzulagen oder die Investitionskredite stützten letztlich nur falsche, überholte Strukturen und kämen meist Dritten – Landbesitzern, Baumeistern oder Kontingentsinhabern – zugute. Anhand der tatsächlichen Geldflüsse auf dem Land kann er dies belegen.

Das Beispiel fünf stammt aus einem Nachbardorf: Der Stall eines Bauern, sein Name sei Franz Gurtner, genügt den Tierschutznormen nicht mehr. Die unverzerrten ökonomischen Analysen zeigen, dass ein Neu- oder Umbau nur wirtschaftlich ist, wenn das neue Gebäude auf mindestens dreissig Milchkühe ausgelegt werden kann. Gurtner hält nur deren achtzehn, entsprechend seinem mittleren Milchkontingent von 110000 Kilogramm. Dank grosszügiger Subvention von rund 140000 Franken, die Bern für das Projekt offeriert, «rentiert» der Neubau bereits für den Bestand von achtzehn Rindern. Der Bauer baut. Die Struktur ist zementiert. Von den Beihilfen profitiert, ganz direkt, die Bauwirtschaft.

Im Beispiel sechs aus dem Dorf balgen zwei Betriebsleiter sich um Kulturland, das, eine einmalige Gelegenheit, zum Verkauf angeboten wird. Beide haben kürzlich einen neuen Stall errichtet – mit Subventionen von 145000 respektive 155000 Franken. Beide bieten bis zur finanziellen Schmerzgrenze auf den Boden. Dank der eben eingetroffenen Zuwendungen können sie für den Kauf des Areals diese rund 150000 Bundesfranken einsetzen. In diesem Spiel gewinnt von den dreien der Landverkäufer am meisten, der Käufer am zweitmeisten. Probleme hat allenfalls der Bauer, der leer ausgegangen ist: Verfügt er über zu viele Eigenmittel, muss er eine andere Anschaffung ins Auge fassen, um seinen Geldhaushalt zu «optimieren».

In der siebten und letzten Episode, die Häberli erzählt, stossen zwei Betriebe sich gegenseitig gesund, diesmal dank der Sozialhilfen aus Bern. Der Bauer mit dem Tarnnamen Felix Amacher hat vier Kinder und das gleiche Problem wie auch andere seiner Berufskollegen: zu viel Geld, das heisst ein zu hohes Einkommen. Weil die Kinderzulagen – 175 bis 200 Franken, je nach Anzahl Kinder oder Wohngegend im Tal oder im Berggebiet – nur ausgerichtet werden, wenn die Buchhaltung einen Jahresgewinn von weniger als 30000 Franken (plus 5000 Franken pro Kind) ausweist, muss auch Amacher «optimieren». Weil er das Jahr mit einem Reinertrag von über 50000 Franken abschliesst, kauft er von einem Kollegen, der von der Milchproduktion

auf die Kälbermast umgestellt hat, etwas Milchkontingent. Streng ökonomisch gerechnet, ist ein solches Milchrecht bestenfalls 30 Rappen pro Kilogramm wert, das heisst um die 3000 Franken pro 10000 Kilo. Amacher allerdings bezahlt für diese Menge locker den marktüblichen Preis; und der steht derzeit bei 14000 Schweizer Franken.

### **Schutz bis zur Starre**

Die Erklärung für diesen exorbitanten Tarif liefert Amachers verdeckte Rechnung. Dank der Investition in das Zusatzkontingent rutscht er nämlich, genau wie gewollt, wieder in die kinderzulagenberechtigte Einkommenszone ab. Der Bund überweist ihm nun jeden Monat 780 Kinderfranken, macht 9120 Franken pro Jahr. Mit dem Erlös aus der zusätzlich produzierten Milch (Grenzertrag: jährlich 4000 bis 5000 Franken) geht die scheinbar absurde Kalkulation bereits nach einem Jahr wieder auf. Im Klartext: Die aus «familien- und agrarpolitischen Zielen» («AP 2011») ausgerichteten Sozialleistungen, die mit dem neuen Programm ebenfalls erhöht werden, fliessen direkt in die Taschen der alten Kontingentsinhaber.

Die falschen Anreize, die das Parlament demnächst wohl bestätigen wird, schützen die überkommenen Verhältnisse und kulminieren in einer Jagd nach Renten und nach teurem Land und nicht etwa in der Suche nach zusätzlichem billigem Land und dem Aufbau leistungsfähiger Betriebe und Strukturen. Die Leistungswilligen – und das ist das Motiv Häberli, einen Blick hinter die Kulissen zu gewähren – werden bestraft. Das fruchtbare Land der Schweiz wird mit goldenen Zäunen abgeriegelt. Kein Wunder, vollzieht sich der Strukturwandel, wenn man die marginalen Veränderungen in der helvetischen Agrarlandschaft überhaupt so nennen darf, in der Gemächlichkeit einer Super-Slow-Motion. Wer stehen bleibt, fällt im internationalen Wettbewerb zurück.

Während die Holländer mit drei Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft mit minimaler staatlicher Unterstützung in der Zwischenzeit weltweit zu den drei grössten Exporteuren von Agrarprodukten gehören, zielt die Schweizer Politik immer noch darauf, möglichst viele und ineffiziente Betriebe möglichst lange über Wasser zu halten. In Holland produziert ein gut dotierter Betrieb mit rund 120 Kühen 1,2 Millionen Liter Milch; davon kann er leben. In der Schweiz erfindet die «AP 2011»-Botschaft eine neue Art von Direktzahlungen: Beiträge für Milchkuhhalter. Der Effekt wird der gleiche sein wie beim vergoldeten Land: Wer eine Staatskuh hat, der kassiert und gibt sie nicht mehr her.

Holland ist gleich gross wie die Schweiz, hat siebzehn Millionen Einwohner und produziert das Dreifache seines Eigenbedarfs, vierzehnmal mehr Gemüse, Milch, Fleisch und Blumen als alle Schweizer Betriebe zusammen. Das Land ist topografisch und klimatisch zwar nicht eins zu eins mit der Schweiz vergleichbar. Aber entscheidend ist die politische Grundausrichtung. Die obersten Gebote für die Landwirte in den Niederlanden heissen: Wettbewerb und Konkurrenzfähigkeit. In der Schweiz reimen die offiziellen Schlüsselworte der sogenannten multifunktionalen Landwirtschaft sich noch immer auf «Rettung der Vergangenheit»: «Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung», «Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen», «Pflege der Kulturlandschaft und der dezentralen Besiedelung des Landes». Schutz, Schutz, Schutz bis zur Starre.

### **15000 sind genug**

Optimale Betriebe können so nicht entstehen. Was aber geschieht, wenn die Stützungsmaßnahmen allmählich eingestellt werden, wie dies nicht nur Karl Häberli,

sondern viele der dynamischeren der Bauern im Stillen wünschen? Ein Teil der Milliardenausfälle, vielleicht ein Drittel oder mehr, würde die Bauern gar nicht direkt treffen. Es ist – neben der ansehnlichen Quote, welche die Verwaltung selbst auffrisst – jeder Anteil, der ohnehin vom Bund über die Betriebe, die nur als Durchlaufröhren funktionieren, zu den Landbesitzern, Maschinenhändlern oder Baumeistern fliesst und auf dem Hof selbst nicht einkommenswirksam ist. Die Folge wäre ein Absinken der Preise für Boden, Bauten und Zugmaschinen. Die Produktion würde billiger. Genau dieselbe, durchaus günstige Entwicklung für die Bauern wird mit der Freigabe von Parallelimporten derzeit angestrebt.

Würde auch der Rest der Staatsrenten nicht mehr eintreffen, würde der erwünschte, ja dringende Strukturwandel beschleunigt: Von den 60000 Betrieben, so schätzen Experten, würde vielleicht ein Drittel allmählich verschwinden. Ein zweiter Teil würde im Nebenerwerb weiter bewirtschaftet. Die übrigen 15000 bis vielleicht 20000 professionell geführten Höfe könnten als Exporteure oder als Qualitätslieferanten im Hochpreismarkt Schweiz auch ohne jede Staatshilfe ein schönes Einkommen erzielen. Sie würden mindestens so viele Nahrungsmittel produzieren wie die heutigen Kleinbetriebe.

Der grösste Teil des Kulturlandes würde weiter genutzt; der Rest – die Ränder, die Abhänge und Böschungen, die brachliegen, verbuschen oder versumpfen – bereichert die Flora, erfreut die Fauna – und die vielen Ökologen im Land dazu.

Für den Agronomen Huber ist klar, dass 15000 Betriebe vollauf genügen, das Land zu bewirtschaften und den Nahrungsmittelmarkt auf dem bisherigen Niveau zu versorgen. «Für das Berggebiet brauchen wir in Zusammenarbeit mit dem Tourismus sicher spezielle Lösungen», schränkt Huber ein, «aber im Flachland sind die hiesigen Bedingungen etwa gleich wie in Deutschland. Und dort sind Betriebsgrössen bis 200 Hektar, ganz normal.» Bauern ohne Subventionen, Zulagen und Direktzahlungen ist möglich.

### **Die EU zum Beispiel**

Mit dieser Bereinigung könnte auch der schier endlose politisch-administrative Rattenschwanz reduziert oder ganz weggeschnitten werden: die 15000 Viehhändler etwa oder viele der 400 Forschungsbeamten, die Hundertschaften von Kontrolleuren, die 20 Bauernschulen, die 26 kantonalen Verbände mit ihren Präsidenten und ihren Geschäftsführern, auch die zwei (vom Bund mit jährlich 36 Millionen Franken subventionierten) Zuckerfabriken in Frauenfeld und Aarberg, deren Verwaltungsräte eine dicke Sedimentsschicht, bestehend aus aktiven oder stillgelegten Bundes- und Kantonspolitikern, bilden: von CVP-Ständerat Philipp Stähelin (TG) an der Spitze über den Berner SVP-Ständerat Hans Lauri bis zu Käthi Bangerter (alt FDP-Nationalrätin, BE), Marcel Sandoz (alt FDP-Nationalrat, VD), Pierre Savary (alt FDP-Nationalrat, VD) oder Regierungsrat Pascal Corminbœuf (parteilos, FR). Ähnlich bemerkenswerte Bildergalerien aus dem weitläufigen, aber diskreten agrarpolitischen Milieu lassen sich für fast jede landwirtschaftliche Organisation zeichnen. Denn auch die Politiker profitieren vor Ort ganz direkt von den Milliarden, die sie in Bern zum Schein den Bauern zuhalten.

Braucht die Schweiz mehr Bauern, als sie real braucht? Noch-Agrarminister Joseph Deiss und seine Landwirtschaftsbürokraten meinen mit ihrem Programm «AP 2011», ja. Doch nicht nur radikalliberale Ökonomen beantworten die Frage heute mit Nein, auch innerhalb der Bauernschaft stören sich immer mehr an den systematisch verzerrten Märkten und Strukturen. Unterschiedlich sind die Ansichten zum Tempo und zu möglichen Alternativen. Umweltökonom Felix Schläpfer von der Universität

Zürich fordert den sofortigen Stopp des Unsinnns. Bauer Karl Häberli favorisiert den gestaffelten, transparent definierten Rückzug des Staats aus der Bauernhilfe. Landwirtschaftsberater Rudolf Huber schlägt als Alternative zu den Direktzahlungen und Subventionen eine direkte «Hofprämie» vor, ähnlich wie die EU sie Betrieben ausrichtet und die an gewisse Bedingungen (Ausbildung, Auslastung, Mindestgrösse etc.), aber nicht an Produkte und an die Fläche geknüpft ist. Wesentlich sei, meint er, dass diese neue Form der Beihilfe die Strukturen nicht stützt, sondern deren Umbau beschleunigt.

(c) 2006 by Die Weltwoche, Zürich - E-mail: [webmaster@weltwoche.ch](mailto:webmaster@weltwoche.ch)